

**Die Energiewende
demokratisch
gestalten!**



Lorenz Gösta Beutin, der Energie- und Klimapolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, diskutiert über die Konzepte der LINKEN für die demokratische und sozial gerechte Umsetzung der Energiewende.

**Am 20. April um 19:00
im Hotel Alter Kreisbahnhof,
Königstraße 9, 24837 Schleswig**

DIE LINKE.
Kreisverband
Schleswig-Flensburg

Die Energiewende demokratisch gestalten!

Lorenz Gösta Beutin, Energie- und Klimapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Landessprecher der LINKEN Schleswig-Holstein, kommt am 20.04 nach Schleswig, um auf Einladung des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg die Vorstellungen der LINKEN zur Energiepolitik in Bund und Land und besonders auf kommunaler Ebene zu diskutieren.

Die LINKE steht für einen zügigen und sozial gerecht gestalteten Ausbau der erneuerbaren Energien sowie für den raschen Ausstieg aus der Kohleverstromung. Schleswig-Holstein ist aufgrund seiner natürlichen Gegebenheiten ein wichtiger Standort für die Energiegewinnung der Zukunft, vor allem für die Windkraft. Doch die Landesregierung Schleswig-Holsteins verschleppt den weiteren Ausbau der Windkraft willentlich und verabschiedet sich klammheimlich von den Klimaschutzzielen im Koalitionsvertrag.

Für DIE LINKE ist klar, dass die Energiegewinnung nicht nur auf erneuerbare Energien umgestellt, sondern gleichzeitig demokratisiert werden muss. Wir wollen erreichen, dass erneuerbare Energien weitgehend dezentral erzeugt werden. Kommunale Einrichtungen wie Stadtwerke und lokale Bürgerenergiegenossenschaften mit kommunaler Beteiligung könnten dabei eine zentrale Rolle spielen. Die Menschen können vor Ort direkter mitgestalten, wie die Energiewende umgesetzt wird, wenn die Energieerzeugung kommunal und dezentral organisiert ist. Durch Stromerzeugung und Netze im Besitz kommunaler Einrichtungen und Bürgerenergiegenossenschaften kann auch eine neue Konzentration von Erzeugungskapazitäten in der Hand von Großkonzernen verhindert werden. Kommunale Versorger könnten in Zukunft auch die Stromspeicher betreiben, die zur endgültigen Umstellung auf erneuerbare Energien notwendig sind. In jedem Fall müssen die Standortgemeinden an den Erträgen der auf ihrem Gemeindegebiet erzeugten erneuerbaren Energie beteiligt werden. Sie gehen bislang oft leer aus oder werden mit Kleinigkeiten abgespeist.

Wir freuen uns auf eine angeregte Diskussion mit Ihnen darüber, wie die Energiewende auch vor Ort demokratisch und sozial gerecht ausgestaltet werden kann!



DIE LINKE.
Kreisverband
Schleswig-Flensburg